

---

Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion, Einführung eines Sozialtickets für den ÖPNV

KSD 20090379

---

### **Stellungnahme der Verwaltung**

#### **Sachverhalt:**

Der Stadtrat von Ludwigshafen hat in der Sitzung am 21.04.2008 die Verwaltung beauftragt, mit dem VRN zu überprüfen, unter welchen Rahmenbedingungen die Einführung eines Sozialtickets für Ludwigshafen möglich wäre.

Berechtigt sein sollen für dieses Ticket die Bezieher von Arbeitslosengeld II oder von Sozialgeld nach dem SGB II, sowie die Bezieher von Leistungen zur Grundsicherung bzw. Hilfe zum Lebensunterhalt nach SGB 12 sein. Von dem Ticket sollen auch diejenigen profitieren, die Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundesversorgungsgesetz erhalten.

In Ludwigshafen beziehen derzeit ca. 18.000 Menschen Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld. Ca. 6.000 Personen davon sind jünger als 15 Jahre. Leistungen zur Grundsicherung sowie Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten ca. 2.000 Menschen.

Mittlerweile liegt die Stellungnahme der VRN GmbH vor (ist diesem Schreiben als Kopie beigefügt).

Der VRN führt aus, dass er grundsätzlich bereit ist, ein Sozialticket für Bedürftige einzuführen. Die Einführung setzt allerdings voraus, dass die Kommune in der das Sozialticket eingeführt werden soll, einen Vollaussgleich zum Regeltarif (Preisdifferenz zwischen Regeltarif und Sozialticketpreis multipliziert mit der Anzahl der Sozialtickets) leistet.

Eine finanzielle Beteiligung seitens des VRN ist nicht möglich.

In Anlehnung an das Dortmunder Sozialticket-Modell (Preis pro Karte 15,- Euro) hat der VRN die Kosten berechnet die für die Stadt Ludwigshafen bei Einführung des Sozialtickets anfallen würden. Da nicht absehbar ist wie viele „Sozialhilfebezieher“ von diesem Angebot Gebrauch machen werden, hat der VRN für drei Fallbeispiele den Kostenaufwand ermittelt. Für den Fall, dass 20% der Anspruchsberechtigten das Sozialticket beziehen, hätte die Stadt Ludwigshafen dem VRN Mindereinnahmen in Höhe von 1.024.800,- Euro, bei 40% Inanspruchnahme 2.049.600,- Euro, zu erstatten.

In Dortmund zahlt die Stadt für das Sozialticket einen jährlichen Ausgleich an den Verkehrsverbund in Höhe von 11 Mio. Euro.